

-> drucken

## Polizei prüft weitere Alternative für neues Großrevier

B ad Cannstatt: Ehemalige Spedition Vöhringer Ecke Hofener/Gnesener Straße hat seine Immobilie angeboten



Die Polizei prüft den Standort Ecke Hofener/Gnesener Straße der ehemalige Spedition Vöhringer. Foto: Nagel

**(uli) - Wie mehrfach berichtet, stößt das Vorhaben des Landes, das Polizeirevier 6 von der Wiesbadener in die Martin-Luther-Straße umzusiedeln, auf Ablehnung. Die Cannstatter Grünen fordern einen Infoabend im Bezirksrathaus, bei dem die Stadtverwaltung Alternativen aufzeigt. Die CDU-Fraktion im Gemeinderat hat jetzt offenbar Kenntnis von einer möglichen Lösung.**

Wir informieren Sie, sobald es zu diesem Thema Neues gibt!

[Informieren](#) | [Einloggen](#) | [Registrieren](#)

Laut dem Cannstatter Stadtrat Philipp Hill und seiner Parteikollegin Beate Bulle-Schmid soll es sich dabei um eine Immobilie der ehemaligen Spedition Vöhringer handeln. Besitzer Jürgen Vöhringer, der die Spedition Ecke Hofener/Gnesener Straße 1994 aufgab, bestätigt gegenüber unserer Zeitung, dass er seine Immobilie der Polizei angeboten habe. „Es waren sogar schon Mitarbeiter des Polizeipräsidiums vor Ort, um sich ein Bild zu machen“, so Vöhringer.

Doch nicht nur die Christdemokraten sind von dem potenziellen Standort für das künftige Cannstatter Großrevier nicht überzeugt und rufen nach Alternativen. Auch die SPD hat diesbezüglich schon Anträge gestellt und in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik Mitte Oktober erneut harsche Kritik - vor allem an der Vorgehensweise der Polizei - geübt. „Das Land macht es sich bei ihrer Standortsuche zu einfach“, hatte Stadträtin Marita Gröger dem Stuttgarter Polizei-Chef Siegfried Stumpf vorgeworfen. Denn als Cannstatterin wisse sie von der Problematik eines Großreviers mit Fuhrpark und rund 180 Mitarbeitern in einem Wohngebiet.

Allerdings hatte der gescholtene Polizeipräsident gegenüber dem Gemeinderat auch betont, dass ihm - allein schon finanziell - die Hände gebunden seien. Bekanntlich hatte das Innenministerium einen Neubau hinter dem Cannstatter Bahnhof wegen der hohen Kosten abgelehnt. Nur wenige Tage nach der Sitzung luden die Cannstatter Grünen die Anwohner der Martin-Luther-Straße zu einem Vor-Ort-Termin ein, bei dem auch Landtagsabgeordnete Brigitte Lösch teilnahm. Dabei wurde noch einmal deutlich, dass dieser vom Land favorisierte neue Standort an der Ecke Waiblinger Straße völlig ungeeignet erscheint. „Die Lage mitten im Wohngebiet bedeutet keine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Standort“, so Brigitte Lösch. Ihrer Meinung nach sollte ein Standort im neuen Güterbahnhofsviertel gesucht werden.

Die Grünen in Bad Cannstatt fordern jetzt gemeinsam mit den Anwohnern aus dem Kursaalviertel einen Informationsabend im Bezirksrathaus, an dem die Stadtverwaltung mögliche Alternativen aufzeigt. Erste Erfolge können die Grünen bereits verzeichnen: Bezirksvorsteher Jakob hat zugesagt, das Thema schnellstmöglich und in aller Öffentlichkeit im Bezirksbeirat Bad Cannstatt zu besprechen.

Durch eine Anfrage der Grünen-Landtagsfraktion ist das Thema inzwischen auch im Landtag angekommen. Unter anderem wollen sie wissen, ob es denn schon einen Zeitrahmen für den Umzug gibt. Unter anderem soll bereits eine Bauvoranfrage für die Martin-Luther-Straße 40-42 beim Baurechtsamt vorliegen. Auch wollen die Grünen Klarheit darüber, welche Kriterien bei der Standortsuche zugrunde gelegt und welche Alternativen mit welchem Ergebnis geprüft wurden. Auch das Thema Lärmbelästigung durch die Einsatzfahrten sei noch nicht vom Tisch.

„Der Standort des neuen Polizeigroßreviers 6 sollte neben einer entsprechenden Größe noch viele andere, wichtige Kriterien erfüllen, die zu einer guten Wahrnehmung und vor allem Akzeptanz in der Bevölkerung beitragen“, so Lösch. Zudem sollte auch die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben im Stadtbezirk verbessert werden. „Die ist meines Erachtens mit der Vorentscheidung für die Martin-Luther-Straße aus mehreren Gründen

nicht gewährleistet.“

Zum einen wäre die Anbindung an das übergeordnete Straßenverkehrsnetz ist schlechter als bisher in der Wiesbadener Straße. Zudem würden mehr Anwohner und Schüler der Schillerschule durch Einsatzfahrzeuge gestört. Auch stünden keine Parkplätze im öffentlichen Raum für die rund 180 im Gebäude Beschäftigten zur Verfügung, da dort heute schon ein akuter Parkplatzmangel herrsche. Diesem Argument hatte jedoch Stumpf bereits im Gemeinderat widersprochen: Zum einen werde auf dem Gelände selbst genügend Parkmöglichkeiten geschaffen und zudem seien tagsüber nur 65 Beamte, nachts sogar nur 15 im Einsatz.

Artikel vom 04.11.2010 © Eßlinger Zeitung



Empfehlen

Empfehle dies deinen Freunden.



Aktuelle Nachrichten aus der Region jeden Morgen im Briefkasten.  
14 Tage kostenlos die Eßlinger Zeitung testen.